zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Harmannsdorf

Ausgabe · Juni 2026 | 560892/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Gemeinderat: Prüfungsausschuss

Der Rechnungsabschluss zeigt, dass Harmannsdorf puncto Finanzhaushalt noch funktioniert, aber finanzpolitisch auf sehr dünnem Eis steht.

Seite 4



Pensionisten Volksbegehren

Die Unterstützungserklärungen können online über oesterreich.gv.at oder bei jedem Gemeindeamt abgegeben werden.

Seite 5

Miteinander



Obergänserndorf Auffangbecken



Gesundheitszentrum Harmannsdorf

Beim Lesen der letzten GEMEINDE-Information über die lobende Erwähnung des Miteinanders im Gemeinderat, können wir durchaus zustimmen. Insofern sind die Fortschritte in der Infrastruktur kein Alleinstellungsmerkmal der ÖVP, sondern aller zustimmenden Gemeinderäte, vor allem aber ein Verdienst der ausführenden Organe.

Dennoch gibt es auch immer wieder strittige Punkte in den Bereichen Budget, Raumordnung und Flächenwidmung bzw. auch Umwelt- und Klimaschutz.

Zum Thema Budget, siehe nachstehende Ausführungen zum Prüfungsausschuss. Groß angelegte Umwidmungen in Bauland werden von uns in Zukunft negativ bewertet, zumal große Baulandreserven vorhanden sind, der offenbar für alle ortsansässigen Kinder und Enkelkinder ausreichen sollte. Darüber hinausgehende Umwidmungen, die Zuzug von außen bewirken , sind neben den üblichen Aufschließungskosten mit weiteren Folgekosten (Kindergarten, Schule, etc.) verbunden, die bei mangelnden Zusatzeinnahmen der Gemeinde durch alle Haushalte zu stemmen sein werden, solange nicht mehr Kommunalsteuer erzielt wird.

Zweckmäßigerweise sollten solche Überlegungen in einem Entwicklungskonzept abgestimmt und entsprechend abgebildet werden, auf das wir bislang warten.



Würnitz Badeteich

Windkraft



Aktuell kontaktiert die Firma " Im Wind", eine Tochter der Wienenergie, einige Grundstücksbesitzer zwecks Errichtung von 10 Windrädern im Raum Harmannsdorf-Leobendorf. Insofern wurde die Gemeinde mit Vorverträgen betroffener Grundstücksbesitzer vor vollendete Tatsachen gestellt.
Die FPÖ ist grundsätzlich für Umweltschutz und daher auch für die adäquate Nutzung von erneuerbarer Energie mit dem gebotenen Augenmaß (leistbar, zuverlässig, umweltverträglich und vor allem bedarfsorientiert).

Daher fordern wir volle Aufklärung der derzeitigen Vorgangsweise unter Berücksichtigung aller relevanten Fakten und Daten. Am 22.04.26 wurde ein Expertenabend der FPÖ mit unserem Energiesprecher LAbg Dieter Dorner und einem Vertreter der Adlerwarte Kreuzenstein abgehalten. Man hat uns ausführlich informiert, was wirklich auf dem Spiel steht.

Der Energiebedarf in Österreich ist durch erneuerbare Energie zu 90% gedeckt bzw. kann durch Leistungssteigerung vorhandener Anlagen erhöht werden (z.B. intelligentes Netzmanagement, "Repowering" bestehender Windparks und Solaranlagen). Die restlichen 10 % werden derzeit durch Wärmekraftwerke oder Zukauf von Strom abgedeckt. Daher ist grundlastfähige Energie gefragt, wofür volatile Energie wie Wind und Solar ausscheidet. Im Übrigen ist Niederösterreich bezüglich Windenergie im bundesweiten Vergleich überausgestattet. Von 1500 Windrädern stehen alleine 800 in Niederösterreich, mit denen über 1 Million Haushalte versorgt werden könnten, wobei wir nur 724.000 Haushalte in NÖ haben.

Außerdem gibt es weitere erneuerbare Energiequellen, wie Wasserstoff oder Geothermie, die noch nicht ausreichend genutzt werden. Somit dürfte es bei diesem Projekt eher um "Umwelt gegen Profitgier" gehen... Jedenfalls wird die Betreibergesellschaft versuchen durch Bürger- und Gemeindebeteiligung ihre Ziele zu erreichen. Mal sehen, wem die Umwelt noch was wert ist. Es ist daher für jeden verantwortungs- und umweltbewussten Bürger geboten, sich entsprechend zu informieren, um sich bei der Bürgerbefragung entscheiden zu können: 'Windräder vor der Haustüre? JA oder NEIN'. Die Bürgermeister von Harmannsdorf und Leobendorf haben umfangreiche Informationen in Aussicht gestellt und beide Gemeinderäte die Entscheidung von Bürgerbefragungen abhängig gemacht. ORTSBILD - GESUNDHEIT – LEBENSQUALITÄT machen daher verantwortungsvolle Mitsprache unverzichtbar.





Prüfungsausschuss



Elisabeth Ströhm
Gemeinderätin

Der Rechnungsabschluss zeigt, dass Harmannsdorf puncto Finanzhaushalt noch funktioniert, aber finanzpolitisch auf sehr dünnem Eis steht. Wir sehen ein negatives Nettoergebnis von € € 529.795,21 und ein kumuliertes Haushaltspotential von minus € 424.839,34 , wobei im Nachtragsvoranschlag noch ein Plus von € 56.052,40 ausgewiesen werden konnte. Das ist eine Abweichung von € 480.981,75. Der Schuldenstand steigt auf 11,217 Millionen, die liquiden Mittel sinken. Die Gemeinde begründet dies mit noch ausstehenden Förderungen von insgesamt € 468.909,08, z.B. für Tagesbetreuung, Radwege und weitere offene Zuschüsse. Wenn daher aufgrund zugesagter, aber zeitlich verzögerter Zuschüsse bis Jahresfrist und länger die Gemeinde in Vorlage gehen muss, sollte bei Neuinvestitionen ein strengerer Maßstab angelegt werden, was deren Notwendigkeit und Dringlichkeit betrifft. Die Personalkosten sind gestiegen und mit zeitlich begrenzten Doppelbesetzungen einiger Arbeitsplätze infolge anstehender Pensionierungen begründet.
Die Gemeinde hat mit Pflichtabgaben, wie NÖKAS- und Sozialhilfeumlagen zu kämpfen. Während die Finanzkraft der Gemeinde um etwa 1,5 % gewachsen ist, wurden die Umlagen um 8-16 % erhöht. Zu überlegen ist, wie die Gemeinde mit diesem Missverhältnis umgehen wird. Immerhin resultiert die Finanzkraft aus den Gebühren und Abgaben, die von den Unternehmen und Haushalten eingehoben werden!

Ein im Nachtragsvoranschlag 2026 präsentiertes Sanierungskonzept des Bürgermeisters nehmen wir mit Interesse zur Kenntnis.



“Pensionisten-Volksbegehren“

Die Unterstützungserklärungen können online über oesterreich.gv.at oder bei jedem Gemeindeamt abgegeben werden. Zur Unterstützung ist ein amtlicher Lichtbildausweis erforderlich.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Pensionisten-Volksbegehrens unter pensionistenvolksbegehren.at Wir werben für Unterschriften für das Volksbegehren „Pensionisten-Volksbegehren“, weil eine wiederholte (!) Schlechterstellung für „Besserverdienende“ bei der jährlichen Anpassung der Pensionen/Ruhegenüsse an die Inflationsrate wegen der maroden Budgetsituation im Raum steht. In dem Volksbegehren ist auch eine Forderung verpackt, dass Informationen und Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung für Pensionisten auch in analoger Form zur Kenntnis zu bringen sind.



Zur Erläuterung:

In den Medien wird neuerlich die Debatte über die Pensionsanpassung für Pensionisten thematisiert. Diese Anpassung dient dazu, die Kaufkraft des ausgezahlten Ruhegenusses zu erhalten und die Inflation abzufedern. Die Anpassung dient also dazu, die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen und die finanzielle Sicherheit der Pensionisten zu gewährleisten. Sie wird jeweils mit Wirksamkeit ab dem 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem gesetzlich festgesetzten Anpassungsfaktor berechnet. Dieser orientiert sich jedes Jahr an der Inflation im Zeitraum von August des vorvorigen Jahres bis Juli des Vorjahres.

Mittels Beschlusses eines „Pensionsanpassungsgesetzes“ kann der Gesetzgeber davon jedoch abweichen, beispielsweise um die Anpassung mit einer sozialen Komponente zu versehen (oder einfach zu sparen). Dem Vernehmen nach steht das wegen der neuerlichen maroden Budgetsituation wieder im Raum.

Schon 2025 hat die Bundesregierung beschlossen:

- soziale Staffelung der Pensionserhöhungen,
- Erhöhung gem. gesetzlicher Regelung um 2,7 % für Pensionen bis € 2.500 brutto,
- für Pensionen über € 2.500 brutto gab es eine Einmalzahlung von € 67,50/Monat (bei einer Höhe der Pension von € 3.000 brutto entsprachen die € 67,5 2,25 %, bei 6.450 1,05 %), 71,4 % der Pensionisten (1,65 Mio. Menschen) erhielten damit die volle Inflationsanpassung. Rechnet man die Beamten dazu, waren es 67,1 %. Umgekehrt wurden also 756.000 Pensionisten benachteiligt.

Diese Vorgangsweise wurde laut ORF in den letzten 15 Jahren bereits zehn Mal zu ungunsten der „Besserverdiener“ gewählt, nur fünf Mal wurden die Pensionen gleichmäßig erhöht. Bei einer Bruttopension von € 3.100 steigt man daher seit 2016 in Relation zur Inflation mit einem Minus aus.



GGR Karl Wendy

Mit Freude stellen wir fest, dass es unserem geschäftsführenden Gemeinderat GenMjriR. Mag. Karl Wendy gelungen ist, dank seiner guten Beziehungen zum Bundesheer, für 25.06. die größte Angelobung des heurigen Jahres in NÖ mit 450 Grundwehrdienern nach Seebarn zu bringen.

Diese wird im Schloss der Familie Wilczek stattfinden und neben der Angelobungsfeier eine interessante Waffenschau, ein Platzkonzert mit Militärmusik und Musikverein sowie den großen Zapfenstreich bieten. Natürlich ist auch für entsprechende Verpflegung gesorgt.





Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

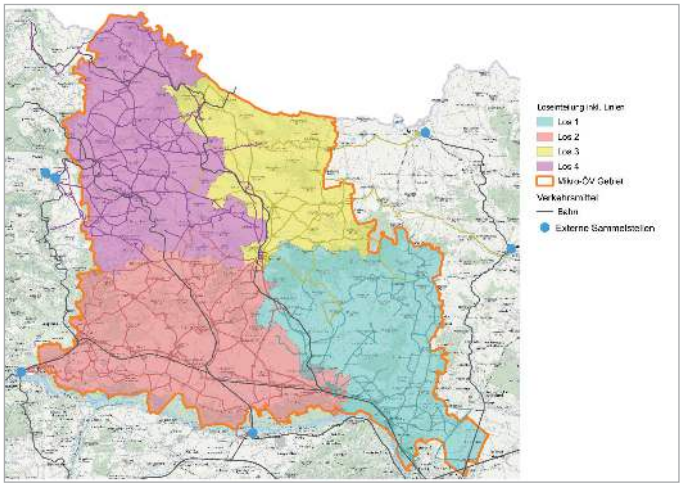
Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer

Verkehrssprecher LAbg. Mag. Hubert Keyl:

Neues Mikro-ÖV-Angebot für das Weinviertel West



Die Mobilität im Weinviertel West wird mit dem geplanten Mikro-ÖV-System einen wichtigen Schritt nach vorne machen. Das Angebot wird als integrierter Verkehr ausgeschrieben. Der künftige Betreiber ist damit für die Umsetzung des Mikro-ÖV-Systems in der gesamten Region zuständig. Unser besonderer Dank gilt dem ressortzuständigen Landesrat und LH-Stellvertreter Udo Landbauer. Mit diesem Projekt wird gezeigt, dass moderne Mobilität auch im ländlichen Raum praxistauglich, verlässlich und bürgernah organisiert werden kann. Die Disposition erfolgt optimiert und auf den bestehenden Linienverkehr abgestimmt. Dadurch sollen Leerläufe vermieden, Anschlüsse verbessert und die Fahrten dort verfügbar gemacht werden, wo sie in den Gemeinden tatsächlich benötigt werden.

Das Angebot auf einen Blick

- **Startflotte:** 21 LeoPoldi-Fahrzeuge, jeweils Pkw mit mindestens sieben Fahrgastplätzen, sinnvoll auf vorgegebene Standorte verteilt.
- **Betriebszeiten**: Montag bis Freitag von 05:00 bis 22:30 Uhr; Samstag von 07:00 bis 20:00 Uhr.
- **Bediengarantie:** Fahrtvermittlung innerhalb von 60 Minuten; Bedienung von Sammelstelle/Haltestelle zu Sammelstelle/Haltestelle.
- **Buchung:** Fahrten können per App oder telefonisch gebucht werden. Auch Abo-Buchungen sind möglich.



LAbg. Mag. Hubert Keyl
Verkehrssprecher

Insgesamt sind vorerst rund 2.000 Sammelstellen im Bediensystem vorgesehen. Die Lage dieser Sammelstellen wurde bereits mit jeder Gemeinde vorab besprochen. Es handelt sich bewusst nicht um eine Adressbedienung, sondern um ein geordnetes System von Sammelstellen und Haltestellen. Auch wenn das Vergabeverfahren komplex ist, soll das Projekt Mitte nächsten Jahres starten.

Auch für künftige Anpassungen ist Vorsorge getroffen: Die NÖVOG kann bei hoher Inanspruchnahme zusätzliche Fahrzeuge abrufen. Ebenso kann der Betriebszeitraum erweitert und bei Bedarf auch ein Verkehr an Sonn- und Feiertagen vorgesehen werden.

Für unsere Gemeinden ist dieses Projekt ein konkreter Beitrag zu mehr Lebensqualität, besseren Verbindungen und einer verlässlichen Mobilität im Alltag.